



<http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Politik/391369/Ist-Bremen-eine-Auto--oder-Fahrradstadt%3F.html>

Koalitionsverhandlungen zwischen Bremer SPD und Grünen - 07.06.2011

Ist Bremen eine Auto- oder Fahrradstadt?

Von Michael Brandt

Bremen. Ist Bremen eine Autostadt – oder geben Radfahrer den Ton an? Setzt die Ökologie die Maßstäbe – oder geht es darum, vorrangig den Wirtschaftsstandort zu stärken? Bei den Koalitionsberatungen zwischen SPD und Grünen geht es aktuell um alte Konfliktlinien. Am Dienstag wurden die Themenfelder Wirtschaft und Soziales behandelt, noch vor dem Wochenende stehen die Bereiche Umwelt und Verkehr zur Verhandlung an.

Empfehlen

0



© Frank Thomas Koch

Stellten Dienstag die Beratungsergebnisse zu den Themen Wirtschaft und Soziales vor: die Landesvorsitzenden Susan Ella-Mittrenga (Grüne) und Andreas Bovenschulte (SPD).

Der ökologische Strukturwandel kommt „klar und deutlich“. Grundsätzlich, betonen die Verhandlungsführer Susan Ella-Mittrenga (Grüne) und Andreas Bovenschulte (SPD), gebe es keinen Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie. Bovenschulte: Bei Projekten wie dem geplanten Offshore-Hafen sei es kein Problem, beide Aspekte zu berücksichtigen. Allerdings räumte er ein, dass es bei den kleineren Vorhaben manchmal nicht ganz so einfach sei, die Positionen zu vereinbaren. Da müsse man sich dann Gedanken machen. Auch Ella-Mittrenga gestand ein: „Der grundsätzliche Dissens ist immer wieder spannend.“

Ein Beispiel aus dem rot-grünen Ringen: Inzwischen ist die Formulierung „Bremen ist eine Autostadt“ aus den Unterlagen verschwunden. Jetzt heißt es etwas weniger offensiv: „Bremen ist eine Stadt der Automobilwirtschaft.“ Auch von einem „Vorrangnetz für den Güterverkehr“ ist im Wirtschaftspapier die Sprache. Das steht allerdings im direkten Gegensatz zu Thesen, die

am Freitag zum Thema Verkehr verhandelt werden.

Neu ist in den internen Entwürfen zum Beispiel bei der Wirtschaftsförderung, dass die Aufbaubank künftig stärker Wagniskapital für neue, innovative Unternehmen bereitstellen soll. Neu ist auch, dass Bremerhaven zum Forschungs-Standort für Aquakultur entwickelt werden soll. Dabei geht es unter anderem darum, eine Antwort darauf zu finden, wie mit den überfischten Beständen umgegangen werden soll.

Schlaglichter aus dem Themenfeld Soziales: Hauptaufgabe soll der Ausbau der Kindertagesbetreuung sein. Hier liegt das Schwergewicht darauf, für 35 Prozent der unter Dreijährigen bis 2013 einen Platz anzubieten. Ab dann besteht ein Rechtsanspruch auf Betreuung. Ob die 35 Prozent ausreichen werden, vermochte Andreas Bovenschulte gestern nicht zu sagen. „Wenn es nicht reicht, wird man weitere Plätze schaffen müssen. Das lässt sich nicht prognostizieren.“ Einen ersten Fingerzeig soll eine Eltern-Befragung liefern.

Mehr zu dem Thema lesen Sie in der Mittwochausgabe des WESER-KURIER.